

Volkstimme

Einzelpreis 130000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1111. — Postkassenschein Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Wöchentlich 700000 Mark, Abholer 685000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 1,40 Mk., auswärts 1,80 Mk.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,80 Mk.; Vereinskalender 1,60 Mk.; die dregespaltene, 30 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 7,00 Mk.; auswärts 9,00 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins, zurzeit 98 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 205.

Magdeburg, Dienstag den 4. September 1923.

34. Jahrgang.

Wehrpflicht des Besitzes.

Reichskanzler Stresemann war am Sonntag in Stuttgart und hielt in einer Versammlung von Pressevertretern, Vertretern von Handel und Industrie und der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen eine Rede über außen- und innerpolitische Probleme. Das Wolff-Bureau verbreitet aus dieser Rede folgenden Auszug:

Der Reichskanzler, der nach einem kurzen Begrüßungswort des württembergischen Staatspräsidenten von Sieber an das Rednepult trat, ging sofort auf die

Beipredung der außenpolitischen Verhältnisse

ein. Er entwarf ein Bild des starken außenpolitischen Druckes, der gegenwärtig durch Befestigung des größten deutschen Wirtschaftsgebietes an Rhein und Ruhr über Deutschland lastet, wobei er der bedrückten Bevölkerung seinen Gruß entbot und auf die Schaffung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hinwies, die ein Zeichen der innigen Verbundenheit zwischen Reichsregierung und Rheinland darstelle. Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches, so erklärte der Reichskanzler, kann nur das Ziel haben, Deutschland die Souveränität und Wiederherstellung über die Gebiete an Rhein und Ruhr zu geben. Wir sind bereit, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu kommen. Wir sind bereit, auf den Boden der

Stellung produktiver Pfänder

zu treten. Wir haben Reichsbesitz und Privatwirtschaft als Pfänder zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen dargeboten.

Der Reichskanzler wies sodann die Behauptung des „Lemps“ zurück, daß sein letzter Vorschlag keine gleichwertige Lösung gegenüber den von Frankreich aufgestellten Forderungen enthalte. Er erklärte: Frankreichs Pfänderpolitik bezieht sich auf die Schaffung einer internationalen Vermögensverwaltung, die Übertragung deutscher Bergwerke an der Ruhr. Wenn Frankreichs Ziele nicht politische sind, sondern auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet liegen, so dünkt es mich, daß die Garantie des deutschen Eisenbahnbesitzes und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Herausreißen einzelner Teile aus diesem Gesamtkomplex mindestens gleichwertig seien.

Der Kanzler erinnerte in diesem Zusammenhang an die belgische Antwortnote an England, in der ausgesprochen ist, daß die Ruhrbesetzung nur bis zu dem Augenblick fortgesetzt zu werden brauche, bis die produktiven Pfänder Deutschlands effektiv werden. Gewiß seien mit den Grundlagen des deutschen Memorandum die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Jede Fortführung der Diskussion werde die Reichsregierung dankbar begrüßen. Der Gegensatz zwischen Forderung und Leistungsfähigkeit werde bei der Lösung des Reparationsproblems nur überbrückt werden können durch eine

wirtschaftliche Verbundenheit der Völker,

die in dem Verhältnis ihrer Industrien aufeinander angewiesen sind. Wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, so fuhr der Reichskanzler fort, ist vielleicht auch eine bessere Überbrückung politischer Gegensätze, als es politische Formulierungen zu sein vermögen. Deutschland brauche ein Konsortium für seine Leistungen, um seine Reparationsverpflichtungen zunächst als Zinsenverpflichtungen aufzunehmen. Will man diese Zinsenverpflichtungen kapitalisieren, so kann das nur auf dem Weg einer internationalen Anleihe geschehen, für welche die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird in seinem heutigen Wirtschaftsverfall eine solche Anleihe kaum in nennenswerthem Maß erreichen. Erst wenn die Welt sich darüber klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonflikts gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, werden die Mächte im Verein mit Deutschland die Frage einer Anleihe lösen können, die zur Beilegung Europas vielleicht erheblich, zur Fortführung eines Fortschritts aber niemals zur Verfügung stehen wird. Die Interessen der Finanzminister der Staaten nach dieser Hinsicht ebenso zusammenzuführen, wie die Interessen und die Auffassung der großen Finanzherren der Welt. Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland, im Besitz seiner wirtschaftlichen Stützquellen, die es in dem angebotenen Maße für Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde bei Abotterung dieser Grundstoffe wohl in der Lage sein, die

Garantie der Zinsverpflichtungen zu übernehmen,

auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte.

Bei Besprechung der von Frankreich geforderten Sicherheiten auf politischer Basis sagte der Reichskanzler: Daß Deutschland bereit ist, auf die Frage der Sicherheiten einzugehen, hat es bei früheren Gelegenheiten bereits zum Ausdruck gebracht. Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen wollen, um die

Unberührtheit des gegenwärtigen Gebietsbestandes

auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Friedenssicherheiten die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzmarken würde dem Geist eines solchen Bündnisses dauernd entgegenwirken. Will Frankreich keine Annexionen, dann hat es die Möglichkeit, seine Auffassung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der

Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet.

Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein, so erklärte der Kanzler in diesem Zusammenhang, sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der alten regen Tätigkeit

wiebergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf den Grundlagen der deutschen produktiven Pfandleistungen die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unserer passiven Widerstandes war. Er war niemals Lebermut oder Selbstzweck, sondern sollte dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebiets wieder zu verbürgen. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemand preiszugeben. (Sehr starker Beifall.)

Den zweiten, innerpolitischen Teil seiner Rede begann der Reichskanzler mit einem Hinweis auf den Zustand

höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands,

aus dem er weder dem Inland noch dem Ausland gegenüber ein Gehl machen wolle. Die Ausfuhr sei in wenigen Monaten von 600 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen, während Deutschland vor dem Krieg eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark hatte. Das zeige deutlich, daß ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein nicht lebensfähig und ohne die Versorgung über diese Gebiete zu irgendwelchen Reparationsleistungen außerstande ist. Der Zustand an Rhein und Ruhr sei ungewisselhaft kein Friedenszustand.

Der Reichskanzler kam dann auf die

Wehrpflicht des Besitzes

zu sprechen, die aber auch in gleicher Weise für die Arbeiter und die Beamenschaft gelte. Die verlangten Opfer seien in den heutigen anomalen Zeiten eine Notwendigkeit. Durch starke Eingriffe müßten die außenpolitischen und innerpolitischen Bedürfnisse des Staates gedeckt werden. Der Friede könne nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft das garantiert, was Deutschland an Stelle der produktiven Pfänder braucht. Heute habe niemand das Recht, daß ihm der Staat den Zuwachs des Besitzes garantiere. Was die Wehrpflicht der Arbeit anlangt, so brauche man da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, die Heberarbeit für das allgemeine Wohl. Zu den Klagen über den Eingriff des Staates in wahlverlorene Rechte der Beamenschaft erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung der Kritik gegen das Beamtentum fernstehe, daß der Staat aber auch in dieser Frage zuerst an sich selber denken müsse. Die Staatsautorität müsse gestärkt werden, und die Regierung werde die Staatsautorität durchsetzen und sei nicht gesonnen,

Schindluder mit ihr treiben zu lassen.

Die Gegenleistung des Staates für diese Wehrpflicht bestehe in der Schaffung von Sicherheit und Ordnung im Innern.

Zur Steuerfrage übergehend, bemerkte der Reichskanzler, er kenne die Härten der letzten vom Reichstag beschlossenen Steuern wohl, die in eine Zeit der Wirtschaftskrisis in der Industrie und harter Anspannung des Kredits der Landwirtschaft fallen. Es sei Vorfrage getroffen worden, daß durch die bestehenden Staatsorganisationen Kredite für Getreidelieferungen gegeben werden. Gegenüber der Kritik an den Steuern müsse daran erinnert werden, daß die Steuern nicht einem Kabinett, sondern dem Reiche bewilligt werden. Bei manchen dieser Maßnahmen handle es sich um Eingriffe in die Substanz, aber was bleibe denn von der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staates nicht erhalten lasse? Man möge sich auch fragen, wo die Substanz des geistigen Deutschlands geblieben ist. Auf keinen Fall gehe es an,

daß Aufrufe gegen Steuerzahlung

erlassen würden. Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuerorganisations, gehöre hinter Schloß und Riegel. Mit vollem Rechte könne man aber verlangen, daß die Steuern vereinfacht und überflüssig gemacht werden. Es werde unbedingt notwendig sein, das Konglomerat von Steuerbelastungen auf eine gewisse primitive Form einzelner Steuern zurückzuführen. Den Ländern und Kommunen werde gleichzeitig eine größere Selbständigkeit in der Erhebung von Steuern gegeben werden müssen. Durch eine stärkere Selbständigkeit der Steuererhebung der Länder und Gemeinden werden auch die Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reiche, die manchmal vielleicht besserungsbedürftig sind, sich besser gestalten.

Die Bekämpfung des

Verfalls der deutschen Währung,

so führte der Kanzler weiter aus, sei abhängig von der außenpolitischen Lage und von der Lage der inneren Wirtschaft. Technische Mittel reichten nicht aus, um das zuzumachen, was sich als Folge erkläre von einem Wirtschaftszustand, bei dem das Reich die gesamten Gehalte und Löhne und weitere Unterhaltungen beinahe des ganzen Rheinlandes und Ruhrgebiets aus der Staatskasse, ohne die geringste positive Gegenleistung zahlen müsse. Die Wirkung des Währungsverfalls zeige sich in der Vernichtung des Sparsinns und in dem Kampf um den Dollar. Wir müßten, so erklärte der Kanzler, längst ein

wertbeständiges Geld schaffen,

um aus der Spekulation und Devisenamsterei herauszukommen. Auch die Vorauszahlung von Gehältern an die Beamten würde damit auf eine ganz andre Grundlage gestellt. Es ist unsre nächste, dringlichste Aufgabe, solches wertbeständiges Geld in Deutschland zu schaffen, so schwer es uns wird damit zuzugehen, daß die Mark Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt. Wir wollen die Goldmark wieder schaffen in der Hoffnung, daß man dann auch wieder den Goldpfennig ehren lernt in Deutschland. Nach Schaffung der wertbeständigen Anleihe gibt es

kein Recht mehr auf Devisenbesitz

im deutschen Volke. Die Devisen gehören dem Reiche, das der Wirtschaft die notwendigen zur Verfügung stellt. Aber die private Devisenspekulation, die wesentlich mit zur Zerrüttung der Mark von innen beigetragen hat, muß aufhören. Wir brauchen die Devisen für die Lebensmittelfuhr, für die Markstützung und für die Fortführung des Ruhrkampfes.

Der Reichskanzler erinnerte dann an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers und erklärte: Wir stehen

vor einer großen Arbeitslosigkeit

in Deutschland, die uns neue finanzielle Lasten in der Erwerbslosenfürsorge bringen wird. Es darf nur eine produktive Erwerbslosenfürsorge geben. Jede unproduktive Erwerbslosenfürsorge muß demokratisierend wirken. Der Staat muß das Recht haben, den Unterstützungsbedürftigen die Arbeit zuzuwenden, deren der Staat bedarf.

Im Hinblick auf die

Beschaffung von Hausbrand

für den kommenden Winter regte der Kanzler an, eine Heberarbeit im Bergbau zu leisten und gleichzeitig das Erträgnis daraus als Kohlen für den Winter den Bedürftigen zu geben, damit einmal das Volk dem Volk etwas gibt.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Dr. Stresemann gegen jede Art von Schlemmerleben und betonte die Wichtigkeit der sittlichen Kräfte, die für den Wiederaufbau des deutschen Volkes maßgebend sind. Deutschland gehe so schweren Zeiten entgegen, daß man sich ein mühe- und arbeitsloses Einkommen in Deutschland nicht mehr zu denken vermöge.

Deutschland müsse entweder das Volk der Arbeit sein oder untergehen. Deutschland stehe freilich allein in der Welt. Bundesgenossen bekomme Deutschland nur, wenn die Welt draußen einsteht, daß es den Mut hat, vom Volke das zu fordern, was der Staat zum Leben braucht.

Nach der Rede des Reichskanzlers, die an zahlreichen Stellen von lebhaftem Beifall unterbrochen war, dankte der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber dem Reichskanzler für seine Ausführungen und schloß die Versammlung. —

Gollmann gegen die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen haben dem Kabinett Stresemann Krieg angehängt, weil sie fürchten, daß die Besitzenden nun wirklich Steuern zahlen müssen. Der Reichsinnenminister, Genosse Gollmann, nimmt den Gehdehandlung auf, wie aus Ausführungen hervorgeht, die er gegenüber einem Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ machte:

Die Deutschnationale Volkspartei verkündigt rüchichtslosen Kampf gegen die republikanische Reichsregierung. Von einer Partei, die die monarchische Umwälzung herbeiführen will, ist dies an sich nicht verwunderlich. Bezeichnend ist der Augenblick, den sich die Deutschnationalen zu verschiedenem Kampfe wählen. Wieder einmal zeigt sich, daß die nationale Bestimmung dieser Erben der alten preussischen Kommerzialbank sofort zerbricht, wenn Opfer für die Nation gebracht werden sollen. Die

Furcht vor der antinationalen Steuerfrage

in Stadt und Land hat den Umchwung der Deutschnationalen herbeigeführt. Die von deutschnationalen Zeitungen in einem Geiste mit den Deutschnationalen eingeleitete Heke beweist die völlige Gleichgültigkeit dieser Parteigeilde gegenüber dem Schicksal unserer besetzten und bedrängten deutschen Lande am Rhein. Verlangt doch die „Kreuzzeitung“ am 31. August in den Stunden höchster Bedrängnis der deutschen Einheit und deutschen Grenzlandes der Klassenkampf in brutalster Form. Sie fordert, wie der radikal Bolschewik, den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Folgen. Den Massenfanatismus, den wir Sozialdemokraten für eine naturgemäße Folge der Klassengegensätze halten, verleugne auch ich nicht. Die Formen, in denen er geführt wird, wechseln. Jeder deutsche Politiker, der auch noch einen Funken nationaler Verantwortung in sich trägt, wird jetzt die Frontstellung: die bürgerliche Partei, die Sozialdemokraten, zu vermeiden suchen. Solange es eben geht. Die Deutschnationalen wissen genau, daß ihre Lösung im besetzten Gebiet den

sofortigen Zusammenbruch der Abwehrfront

bedeuten muß. Seit 7 Monaten sind die sozialistischen Massen neben den bürgerlichen Mittelparteien organisierten Arbeitern, Angehörigen und Beamten der Kern der Abwehrlinie. Die deutschnationalen Führer verlangen die sofortige Zertrümmerung dieser Front. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird nicht zulassen, daß die besetzten Gebiete von den deutschnationalen Deserteuren der deutschen Steuerfront an Frankreich herabgelassen werden. Notwendiger denn je ist, daß gerade im besetzten Gebiet alles zusammensteht, was dem französischen Vordringen wehren will.

Es sind große Unwahrscheinlichkeiten, wenn die Deutschnationalen die Dinge so darstellen, als begünne die Reichsregierung, die „Stappe“, gegen den Willen unserer Volksgenossen am Rhein und Ruhr den Abbau des passiven Widerstandes. Es sind mir bisher keine darauf hinzielende Maßnahmen der Reichsregierung bekannt. Die

Formen des passiven Widerstandes sind nicht fest,

sondern beweglich. Sie haben sich da und dort in langem Kampfe gewandelt und werden sich weiter wandeln. Was aber geschehen ist und was weiter geschehen muß, darüber bestimmen nicht die deutschnationalen Führer fern von der Abwehrfront, sondern die Entscheidung liegt bei den Trägern des passiven Widerstandes allein, bei der rheinisch-westfälischen Bevölkerung. Dort bedankt

Rosenberg — Becker — Hermes.

Der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhardt, wendet sich am Sonntag in einem ausgezeichneten Artikel gegen die deutschnationale Dolschstoff-Legende. Bernhardt schreibt:

Dieser Legende muß jetzt ein für allemal ein Ende gemacht werden. Wenn überhaupt von einem Dolchstoß gesprochen werden kann, so ist er von den Ministern Rosenberg, Becker und Hermes gegen die Ruhrfront geführt worden. Sie haben es zugelassen, daß der Ruhrkampf ohne die geringste wirtschaftliche und finanzielle Vorbereitung geführt worden ist. Der neue Finanzminister hat die Finanzen des Reiches in einem Zustand vorgefunden, der einfach jeder Beschreibung spottet. Und wenn die Deutschnationalen einen Funken Verantwortungsgesühl hätten, so müßten sie, nachdem ihnen diese Zustände jetzt doch bekannt sind, eigentlich von sich aus als Patrioten verlangen, daß diese drei Minister wegen ihrer für das deutsche Volk ruinösen Handlungsweise vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Die neuen Minister würden geradezu verantwortungslos handeln, wenn sie nicht alles täten, um zu Verhandlungen zu kommen. . . . Wenn die Deutschnationalen den Ruhrkampf um jeden Preis fortsetzen wollen, so wäre die selbstverständliche Konsequenz solcher Denkwürdigkeit dem Staat in weitestem Umfang diejenigen Mittel zu bewilligen, die es ihm möglich machen, wenigstens den Rest des Kampfes noch durchzuführen ohne Inflation. Aber daran denken sie gar nicht. Sie machen gegen dieselben Steuern Front, die unter besonderer Mitarbeit ihres Dr. Gelferich zustande gekommen sind, der als oberster Ratgeber bei Rosenberg und Hermes ein- und ausging und deren schleichliche Finanzwirtschaft viele Monate hindurch patronisiert hat. Ihren Kreisen gehören auch vornehmlich diejenigen Rheinländer und Westfalen an, die aus den Mitteln der deutschen Inflation in den letzten Wochen noch massenhaft Devisen angekauft und dadurch zu der stürmischen Steigerung der fremden Wechselkurse in den letzten Tagen beigetragen haben. Über den Deutschnationalen ist eben der Ruhrkampf ganz gleichgültig. Für sie handelt es sich jetzt darum, aus dem nationalen Unglück, das durch ihre Ratgeber über Deutschland gekommen ist, parteipolitisch Nutzen zu ziehen. Ihre Vertrauensmänner haben den Dolchstoß geführt, und jetzt vergiften sie die Wunde, um von neuem das ganze deutsche Volk in einen Fiebermahn zu stürzen. Dagegen gilt es jetzt die Einheitsfront zu bilden.

Reichszankler Strejmann hat in Stuttgart angekündigt, daß die neue Reichsregierung mit der unglückseligen Methode brechen wolle, dem deutschen Volk alles in rosigem Lichte darzustellen. Wir halten es für notwendig, den Anfang mit einer ungekünstelten Darstellung der Lage zu machen, wie sie das neue Kabinett vorfand. Es wäre das beste Mittel, jeder Legendenbildung vorzubeugen.

Arbeiter und Reichswirtschaftsminister.

Die programmatischen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers v. Raumer können in einzelnen Punkten nicht unwiderprochen bleiben. Im Reichswirtschaftsrat wirkte als Sprachrohr der Arbeiterschaft Genosse Rudolf Wissell, der in drei Punkten den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers entgegentrat. Wissell führte unter anderem aus:

Der Reichswirtschaftsminister verlangte von der Arbeiterschaft mehr Leistung, d. h. mehr Arbeit. Dabei hat er nur die physische Arbeitsleistung im Auge. Er hat aber mit keinem Wort auf die technisch-organisatorischen Verbesserungen und Vervollkommnungen hingewiesen, ohne die eine Steigerung der Produktion unmöglich ist. Wenn gesagt wurde, die Arbeitsleistung sei zu gering und sie sei nur bei dem Akkordarbeiter im Durchschnitt auf den Friedensstand und teilweise schon über die Friedensleistung hinaus, bei den Lohnarbeitern jedoch nicht, so heißt das Genosse Wissell. Weiter wandte er sich gegen die Annahme Raumers, daß die Löhne am dem Vorkriegsstand angelangt seien. Die deutschen Löhne stehen vielmehr wesentlich noch unter den Weimarktslöhnen. Wenn Raumer die Löhne als zu hoch bezeichnet, so begeht er den Fehler, daß er sie dividiert durch den

Index der gleichen Woche, für die sie festgestellt sind. Der gestern ausgezahlte Lohn dient aber der Lebenshaltung in der nächsten Woche. Berücksichtigt man das, so ergibt sich, daß der Lohn durch das hinaufschneiden der Preise wieder wesentlich hinter dem errechneten Goldstand zurückgeblieben ist. Es ist durchaus unrichtig, daß die Preise durch die Erhöhung der Löhne in die Höhe getrieben würden.

Außerordentlich eindringlich trat Genosse Wissell den Ausführungen v. Raumers entgegen, die eine Abschaffung der Außenhandelskontrolle verlangten. Die Hoffnung, daß mit einer Lösung der Ausfuhrpässe die Ausfuhr gesteigert werden würde, sei irrig. Mit einer Aufhebung der Ausfuhrpreiskontrolle würden lediglich erhöhte Mengen in das Ausland gehen. Solche Leute, welche aus Furcht vor der Marktsich Warenlager hingelegt hätten, würden für jeden Preis exportieren, um Devisen zu erhalten. Dadurch würden die Preise der deutschen Fabrikanten im Ausland unterboten werden und durch diese Preisunterbietung der ausländische Markt der deutschen Industrie vernichtet werden.

Wie schon der amtliche Bericht über die Sitzung erwähnte, hat sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß die Gedanken, die gegen eine Aufhebung der Außenhandelskontrolle von Arbeitnehmerseite vorgebracht wurden, zu eigen gemacht, vor allem deshalb, weil auch ein großer Teil der Industrie die gefährlichen Folgen erkennt, welche die Beibehaltung der Außenhandelsregelung für die gesamte deutsche Wirtschaft nach sich ziehen müßte.

Die Richtlinien zum Lohnproblem.

Die Vorstände der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben jetzt die seit einigen Wochen geführten Verhandlungen über die Lohnfrage abgeschlossen und den Entwurf der Richtlinien zum Lohnproblem, der infolge einer Indiskretion bereits in der Presse veröffentlicht worden war, nunmehr in folgender endgültiger Fassung genehmigt:

- 1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnbeträge in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn und Multiplikator und ist bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten wöchentlich oder beidseitig zu berechnen.
2. Für einen Zeitraum von 4 bis 8 Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die betreffende Tarifperiode konstant. In ihm bricht sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftsgruppe aus.
3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Kleinhandelspreise) ermittelte Maßzahl verwendet werden, da lediglich die im Kleinhandel zu zahlenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bestimmend für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarkurs oder die Großhandelszahl sind hierfür ungeeignet.
4. Die Wahl der Maßzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstarifverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Betriebe wird man die Reichsmaßzahl des Statistischen Reichsamts oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder bezirklichen Verhältnisse (Ortsklassen) bei der Bemessung des Grundlohns erfolgen kann.
5. Bei örtlichen oder bezirklichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamts errechneten Indexzahl für den Ort bzw. den Bezirk oder einer nach ähnlichen Grundzahlen wie denen des Statistischen Reichsamts aufgearbeiteten Maßzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitig anerkannter Autorität. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglichst eine einheitliche Maßzahl Anwendung findet.

man sich für die Maßnahme einer Partei, die eben erst wieder beweist, daß sie zwar gern andere zum höchsten Widerstand anregen kann, sich aber selbstwärts in die Wünsche schlägt, wenn die Front für die Front geliefert werden soll. Wenn das Wort „deutschnational“ für diese Partei mehr wäre als ein schon laktierendes Firmenschild, müßte sie in flammenden Worten zur Durchführung der von ihr mitbeschlossenen Steuern und zu neuen großen Opfern auffordern. Sie müßte der gesamten Landwirtschaft darstellen, wie notwendig es ist, mit größter Beschleunigung die neue Ernte auf den Markt zu bringen, damit wir nicht durch die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel ins Ausland zu verzetteln brauchen. Sie müßte gegen alle Steuerflüchtlinge und Devisenschlepper uns unterstützen. Sie müßte mit uns durch gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß soziale und politische Unruhen vermieden werden. Sie tut aber auf allen Gebieten das genaue Gegenteil. Das deutschnationale Aktionsprogramm ist wie ein Taub, der vom Osten her eine breite Lücke in die Abwehrlinien zu reißen droht.

Die rheinische Bevölkerung weiß auch, daß die französische Rheinpolitik mit ihren Bedrückungen für die rheinische Bevölkerung leider immer wieder gestiftet wird durch die gedankenlose Außenpolitik der Deutschnationalen und Deutschböllischen. Die Franzosenhebe deutschnationalen Zeitungen und Redner, ihr ewiger Ruf nach gewalttätiger Verwerfung des Versailler Friedens, ihr unentwegtes Nebeneinander sind die wertvollste Begründung der Franzosenforderungen für weitergehende Sicherungen am Rheine gegen deutsche Angriffe. Die ganze deutschnationale Politik des Ostens ist in allen diesen Jahren von uns am Rheine mit Ingrimm als eine

ungeheure Erschwerung der wahrhaft deutschen Politik

empfunden worden, die wir als die schwarzrotgoldene Macht am Rheine geführt haben und fortsetzen werden. Ein Beispiel der Dreifigkeit ist es, wenn diese Leute die nationale Zurechnung nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch anderer im jetzigen Kabinett vereinten Parteien anzuweisen. Wenn dieser Zweifel berechtigt wäre, so wären die rheinischen Gebiete für Deutschland verloren. Denn nicht die Deutschnationalen, deren Umgang im besetzten Gebiet gering ist, sondern die Sozialdemokraten und das Zentrum und neben ihnen der Liberalismus sind es, auf die die volle Wucht des Abwehrkampfes fällt. Wenn wir uns allein auf die wenigen Deutschnationalen im Westen verlassen müßten, hätte Frankreichs Imperialismus ein leichtes Spiel!

Minister Sellmann jagte zum Schluß: Es macht mir kein Vergnügen, das öffentlich auszusprechen, aber die Deutschnationalen sollen wissen, daß wir ihrer unsagbar

flüchtigen und elenden Demagogie nicht weichen.

Sie wollen den Kampf, sie sollen ihn haben. Nicht und andre Sozialisten glauben sie mit der Bezeichnung „international“ beschimpfen und verdächtigen zu können. Gewiß, ich fühle mich nicht nur mit den sozialistischen Arbeitern des Auslandes, sondern auch mit allen andern Menschen in der Welt verbunden, die aus christlicher Liebe oder aus politischer Vernunft oder aus beiden Erwägungen dem Hass und Morden, der Selbsttötung und der Barbarei zwischen den Menschen ein Ende machen wollen. Dieser Internationalismus ist aber nicht antinational, sondern kann und muß nach meiner Meinung und meinen Erlebnissen die tiefste Liebe zu dem eignen Land und Volk in sich schließen; Millionen Sozialdemokraten beweisen sie, nicht durch hochtönende fleckerne Worte, wie sie aus den deutschnationalen Aufsätzen und Reden klingen, sondern durch schlichte Tat.

Wir freuen uns dieser energischen Worte des Reichsinnenministers, die in Übereinstimmung stehen mit Ausführungen, welche der Reichszankler Strejmann gegen die Steuerdrückberger machte. Der Reichsinnenminister und der Reichszankler müssen sich aber darüber klar sein, daß mit Worten den Deutschnationalen nicht zu imponieren ist. Sie furchen erst, wenn sie eine Faust spüren, und zwar eine sehr harte Faust, die schnelle und gründliche Schläge zu versetzen versteht. Die Front der Steuerdrückbaren wächst von Tag zu Tag, und wie die Dinge liegen, stehen den Steuerdrückbaren in den rechtsradikalen Organisationen nicht unbedeutende Machtmittel zur Verfügung, die zerstückelt werden müssen, wenn die Front der Steuerdrückbaren zerbrochen werden soll.

Kleines Feuilleton.

Gastspiel der „Jungen Aktion“.

In Paris hinter dem Palazzo Pitti zu Florenz sind Figuren von Michelangelo aufgestellt, die dem Besucher merkwürdig vorkommen. Die lebensgroßen Geplasten stehen nämlich noch in ihrem Marmorblock und sind in ihren Linien mehr abgedummt als ausgeführt. Das ist aber keine künstlerische Absicht, sondern Schicksal — das weiß, ob der Schöpfer diese Anstellung seiner erst angefangenen Werke gütlich findet! Die moderne Kunst ist ja aus der Not eine Dageb gemacht und das jetzige eigenartige Bestehen der Kunst aus der gebildeten Klasse, das Gebilde aus dem Stoffe hervorgeht, beruht auf Darstellung der Gestalt: So die bei genau die Bildhauerstücke als vollendete Werk angesehen.

Der Fall ist für die moderne Kunst überaus wichtig. Goethe in einem jugendlichen Drame, einem jugendlichen Stoff in unvollständiger Form zu gestalten, das heißt immer noch Gedächtnis wiederholen, das „Gedächtnis“ der Verflügelter“ geistlichen und bürgerlichen Kunst, die die Kunst von Zeit zu Zeit, wie sie die Kunstgenossen zum Werk gemacht haben, eine selbstverständliche Sache war. In den Tagen und Wochen des Schicksals, das die Kunstgenossen in der Hand der Verflügelter“ geistlichen und bürgerlichen Kunst, die die Kunst von Zeit zu Zeit, wie sie die Kunstgenossen zum Werk gemacht haben, eine selbstverständliche Sache war.

Das, was jung und reifend ist, hat sich für viele Jahre in der Kunst wiederholen, die in der Kunstgenossen zum Werk gemacht haben, eine selbstverständliche Sache war. In den Tagen und Wochen des Schicksals, das die Kunstgenossen in der Hand der Verflügelter“ geistlichen und bürgerlichen Kunst, die die Kunst von Zeit zu Zeit, wie sie die Kunstgenossen zum Werk gemacht haben, eine selbstverständliche Sache war.

schrieb er, der zeitlos in innerlich und äußerlich Geheiß, den Entwurf zu einem letzten Drama nieder, das zum erstenmal in der deutschen Literatur das Proletariatleben zum tragischen Gegenstand macht, den „Bogel“.

Es soll nicht gegen den Gehalt dieses erschütternden Textes gesagt werden, wenn man es als unaufführbar bezeichnet: nur der Verfasser der glühendsten und mitreißendsten Revolutions-Flugschrift des Reiches, des „Geistlichen Landboten“, konnte eine so jücherrliche Anlage gegen die bürgerliche Gesellschaft zusammenstellen. Aber diese Anlage ist fast ein Programm geblieben. Szenen sind angelegt, kaum eine wirklich ausgeführt. Schopenhauerischer Realismus ist und heißt daran, so daß das soziale Grundanliegen nicht deutlich genug zutage tritt. Kurz: die Geschichte des Soldaten Bogel, der, ein verstandes- und fühlender Mensch wie jeder andere, sich zum Krieger und Werkzeug einläßt, aber sozial begünstigter Kräfte erwidern muß, um schließlich von der Gesellschaft, der er alles gewollt, betrogen zu werden, und von der Bühne her unterzugehen. Unre ereignisreichen Dramen aber finden jetzt in den Rängen der Dichtung ihre Jugend. Das Stimmliche, Abgeschickte der Sprache, das hellen wüchiger dramatischer Untergrund erinnert sie an Strindbergs oder Georg Kaiser und verführt sie dazu, den „Bogel“ als experimentelles Werkwerk anzusehen, ebenso wie sie für Lessings „Soliman“ und Grasses „Kater“ eine sehr beschleunigte Fortschreibung gemacht haben: jene Begeisterung für das Unreife, das im Reichthum von Sätzen und Worten und in der „Kater“ als „Kater“ so grotesken Ausdruck findet.

Die Dichter der „Jungen Aktion“, die sich um die Darstellung des Bogel-Programms in Wilhelm-Theater bemüht, war, wie schon im Name „Junge Aktion“ besagt, auf das Draufgegangene eingestellt. Es hatte jeder eine Begeisterung dabei, und ein Talent steht es einander vor ihnen nicht. Das ist ein Werk, das in der Hand der Dichter, die sich um die Darstellung des Bogel-Programms in Wilhelm-Theater bemüht, war, wie schon im Name „Junge Aktion“ besagt, auf das Draufgegangene eingestellt. Es hatte jeder eine Begeisterung dabei, und ein Talent steht es einander vor ihnen nicht.

Neber die Sonntagsvorstellung zu berichten, die aus den „Majchinenführern“ von Ernst Toller einen „schönen Nord“, einen „sehr schönen Nord“ machten, entbehrt mich glücklicherweise die Abmachung der Magdeburger Presse.

Stadttheater.

„Ulrich Bräter, der arme Mann in Todenburg“, hat vor allem „Einwas über William Shakespeares Schauspiele“ geschrieben, darunter auch über „Romeo und Julia“. Er steht zwischen den Zeilen, daß er dem Liebespaar nichts abgewinnen konnte; es kam ihm in der Uebertriebenheit seiner Gefühle beinahe nützlich vor, und er findet es ganz natürlich, daß die Ungebild solchen Los erleiden muß. Indessen war Ulrich Bräter kaum der Mann, der überhöchliche Liebesgefühle richtig einzuschätzen verstand, hatte er doch geheiratet, ohne zu der Ungetrauten die zärtliche Neigung verspürt zu haben, „die man Liebe zu nennen gewohnt ist“. Shakespeares, der schon mit 15 Jahren heiratete, hat wohl besser gewußt, welcher Unbequemlichkeiten junge, kühle Liebe fähig ist, und wie rasch solche Liebe ihr Gra findet, wenn auch nicht über Gift und Dold wie in seinem Drama.

Von Zeit zu Zeit sieht man denn auch das Rädchen aus Verona gern über die Bühne ragen, und erfreut sich der schönen Berge sowohl als der mangelhaften Gestalten, die der erste Menschenschöpfer von uns erklingen, werden und vergehen läßt. Dem „Ramen vom Bau“ aber reizen immer wieder die Schwierigkeiten der Inszenierung, die es zu überwinden gilt, wenn das Stück trotz seiner mehr als zwanzig Bilder an immer andern Orten wie aus einem Guß wirken und nicht über eine bestimmte Spieldauer hinausgehen soll. Der neue Oberregisseur des Schauspielers, Dr. Adolf Winds, wolle die Aufgabe in der Aufführungsvorbereitung am Sonntagabend mit gutem Gelingen durch die Bühnen, die mit wenigen „Handgriffen“ und mit sinnvoller Deutung eine schnelle Szenenänderung gestattet. Man sah nichts eigenartiges Originelles und Verblüffendes, aber man erkannte einen Geist, der Tempo und Schwitz in das ganze Gerüchte bringen will.

Neber die darstellerischen Leistungen können wir uns kurz fassen, um so lieber, als das „Jugendverweiden“ die unliebsamste Arbeit ist, die wir uns vorstellen können. Man sah ja auch in der Hauptrolle alle Bekannte: den milden Bruder Lorenz von Friedrich Albert Gros, Therese Koffegg als Supplerische Anne, Paul Rudolf Schulze in der Rolle des Mercutio, die seiner Veranlagung nicht gemäß ist, Richard als Cholerischen Capulet, Ada Blank, Theo Leonhard, Fritz Schmitt. Der Romeo Lothar Bühring war voll Feuer, ohne mitreißend zu sein, und Käthe Straler ist eine Julia, die eine Probe Stimme, besonders im Affekt nicht zur vollen Höhe kommen läßt. Eine ganz echte Shakespearefigur war der Diener Peter von Ernst Baum in seinem Gespräch mit den Musikanten an Justus Seige. Diesen plötzlichen Wechsel von Stimmung und Ton macht ihm so leicht Leiner nach. Das war ein Meisterstück in der letzten Darstellung des „Majchinenführern“ und Routine.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. September 1923.

Der Steuerabzug für September.

Vom 1. September an ist der Steuerabzug vom Arbeitseinkommen auf das 15 fache der für August geltenden Sätze erhöht worden. Die zulässigen Abzüge betragen demnach vom 1. September an für das Existenzminimum für Mann und Frau monatlich je 360 000 M. (bisher 24 000 M.), wöchentlich 86 400 M. (bisher 5760 M.). täglich 14 400 M. (bisher 960 M.), jährlich 3600 M. (bisher 240 M.); für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte Kind monatlich 2 400 000 M. (bisher 160 000 M.), wöchentlich 576 000 M. (bisher 38 400 M.), täglich 96 000 M. (bisher 6400 M.), jährlich 24 000 M. (bisher 1600 M.); für Werbungskosten monatlich 3 000 000 M. (bisher 200 000 M.), wöchentlich 720 000 M. (bisher 48 000 M.), täglich 120 000 M. (bisher 8000 M.), jährlich 30 000 M. (bisher 2000 M.).

Danach berechnet sich die steuerfreie Einkommenssumme im September nach folgendem Muster:

Table with 2 columns: Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten, Gesamtabzug. Total: 3 720 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 892 800 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 1 200 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 1 468 800 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 1 720 000 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 2 044 800 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 2 620 000 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 3 000 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 3 520 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 4 800 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 7 200 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 10 920 000 M. monatlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 172 800 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 1 728 000 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 2 620 000 M. wöchentlich.

Table with 2 columns: Steuerfreies Einkommen, Abzug für Existenzminimum, Abzug für Werbungskosten. Total: 26 208 000 M. wöchentlich.

Die Elfhundertjahrfeier von Westerbüßen. Als Schlussveranstaltung zur Feier des elfhundertjährigen Bestehens der jetzt einberufenen Vorortgemeinde Westerbüßen fand am Sonntag abend im Lokal „Zum goldenen Schiff“ eine überaus stark besuchte Feiernsversammlung statt. Von den verschiedenen Provinzialbehörden und vom Magistrat der Stadt Magdeburg waren Vertreter anwesend. Das Programm, bestehend in Musik, Gesangs- und heimatkundlichen Vorträgen wurde unter der Leitung des Rektors Dieckmann glatt abgewickelt. Vermittelt wurde allgemein die Verehrung der in Westerbüßen zahlreich vorhandenen Arbeiter- und Arbeiterinnen. Die Gründe hierfür sollen hier nicht erörtert werden, scheinen aber nach dem, was uns mitgeteilt wird, eine gewisse Berechtigung zu haben.

Der Verkauf der falschen Schecks. Auf den vor einigen Tagen bereits hier aufmerksam gemacht worden ist, wurde am 31. v. M. in der Person des wohnungslosen Buchbinders Walter Günther auf falschen Scheck, als er an der Kasse eines Kinos einen ebenfalls falschen Scheck abgeben wollte.

Die Anuga. Die Allgemeine Nahrungs- und Genussmittel-Ausstellung wurde am Sonnabend nachmittag eröffnet. In zwei großen Doppelhallen, die noch von der entflohenen Pracht der Mama zeugen, ist die Anuga einquartiert. Es sind noch leere Stojen vorhanden, nicht alle angeordneten Besucher sind gekommen. Die Gründe sind leicht zu erkennen: der Dollar steht auf 11 Millionen. Die Firmen, die ausgestellt haben, liefern einen Beweis, daß die deutsche Industrie und die deutsche Hand noch nicht am Ende sind. Die Stände sind zum Teil sehr prunkvoll ausgestattet. Auch die Feilscherei zeigt, daß man in Deutschland noch Material bekommt zur Wüchserherstellung, wenn man Geld ausgeben kann. Der Oberpräsident und der Oberbürgermeister haben als Vertreter ihrer Behörden zur Eröffnung gesprochen und dabei auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit hingewiesen. Es muß produziert werden. Die Betriebe aus irgendwelchen Gründen, die nicht im Wirtschaftsleben liegen, jetzt zu schließen, ist falsch und entpricht einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit. Das war der Leitgedanke. Ein Rundgang schloß sich an. Die Herrschaft haben Schokolade und Eis. Weil wir eben im „Wiederkauf“ sind. Die Frage nach dem Zwecke der ganzen Ausstellung beantwortet die Feilscherei: der Verkehr zwischen Produzenten und Wiederverkäufern soll belebt und verbilligt werden.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Funktionärsitzungen finden statt.

Heute Montag den 3. September, abends 7 1/2 Uhr Bezirk Alte Neustadt am Böhmischen Hotel (Königsplatz). Dienstag den 4. September, abends 7 1/2 Uhr Bezirk Magdeburg Süd bei Genthle, Otto-von-Guericke-Strasse. Bezirk Neue Neustadt im „Wintergarten“, Friedrichsplatz 2. Bezirk Magdeburg Nord bei Eduard Holz, Schäferstrasse. In diesen Sitzungen müssen auch die Zeitungsträgerinnen erscheinen. Mittwoch den 5. September, abends 7 1/2 Uhr Bezirk Fernerleben bei Krüge. Bezirk Wilhelmstadt. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Abrechnung der Kassierer und Funktionärsitzung im „Reichlichen Familien“. Stadtverordneten-Fraktionsitzung am Dienstag abend 6 Uhr.

Zur Lohnbewegung in der Holz- und Metallindustrie. Die Verhandlungen im Lohnamt für den Bezirkstafel haben zu dem Spruch von 700 000 Mark für die vorige Woche geführt. Bis zum Mittwoch ist Erklärungsfrist hierüber. Eine Versammlung der Holzarbeiter tagt am Mittwoch in der Aula der Augustaschule in der Vikarianstraße. Für die Metallindustrie wird am Montag in Halle verhandelt. Die Vertrauensleute tagen am Dienstag bei Koppehl. Beide Versammlungen sind sofort nach Arbeitsbeginn. Für die Betriebe mit dem Arbeitgeberverband (Schneidemühlen, Kistenfabriken, Wärfenfabriken und S. Schützer u. Co.) tagt die Versammlung auch Mittwoch sofort nach Arbeitsbeginn in der Aula Vikarianstraße.

Grauenhafter Selbstmord. In einem Anfall geistiger Zerrüttung verübte am Sonnabend nachmittag der 23jährige ledige Steinbrücker Paul Schlag in der Gießerei von R. Wolf (Salzbe) auf eine grauenhafte Art Selbstmord. In Gegenwart der vor Schreck fast erstarrten Gießereiarbeiter sprang Schlag kopfüber in eine vor dem Gießepfen befindliche und bereits ein Viertel mit glühendem flüssigen Eisen gefüllte 100 Zentner fassende Pfanne. Es entstand eine mehrere Meter hohe Stichflamme. Die verkokten Knochen flogen zum Entsetzen der Anwesenden bis zur Decke des Gießereigebäudes. Der Vorfall geschah so blitzartig, da ein ein Zurückhalten des Unglücklichen nicht zu denken war. Wie uns von Mitarbeitern des Unglücklichen mitgeteilt wird, ist Schlag als Kriegssopfer anzusehen. Früher ein kerngesunder Mensch, erlitt er im Felde durch Verschiebung eine starke Schädigung seines Nervensystems. Er war seit längerer Zeit schwermütig und hatte in den letzten Wochen mehrere epileptische Anfälle. Am Sonnabend erdete er sein freudlos gewordenes Dasein auf die geschilderte furchtbare Weise. Von denen, die den Vorfall mitsahen mußten, sollen sich einige an einem Nervenschock demiederliegen. Der Unglückliche war ledig und wohnte bei seinen Eltern im Sachsenring 15.

Verbindlichkeitsklärung des Angestelltenrats. Die Angestelltenverbände mitteilen, wurde der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt. Das Angestelltenrat muß nun, soweit dies noch nicht geschehen ist, zur Auszahlung kommen.

In der städtischen Höheren Handelsschule findet neben der Osteraufnahme von jetzt an auch die Aufnahme für neue Lehrkräfte statt. Anmeldungen können sofort erfolgen im Schulgebäude, Grönerstraße 14.

Wagelgejang. Am Mittwoch fand die offizielle Einweihung der neuen Saales statt. Stadtrat Haupt hielt eine kurze Ansprache, in der er allen dankte, die Geld oder billiges Baumaterial opfereten. Ein Teilnehmer dankte dem Magistrat und der Stadterordneten-Versammlung, daß sie diesen Bau beschlossen haben. Die Neustadt sei hier etwas steinmühter behandelt worden, das habe man nun gutgemacht.

Stuart Bellachini, der berühmte Experimentalkünstler, gibt von Dienstag den 4. September bis Freitag den 7. September im Freudenhaus Saal Gastspiel-Abende auf dem Gebiet magischer Unterhaltungsstücke sowie psychologischer Wissenschaften. Die Kieler „Volkszeitung“ schreibt: Stuart Bellachini erwies sich als ein ausgezeichnete Universal-Physiologe von verblüffend schneller und sicherer Arbeit, so daß man aus dem Staunen kaum herauskam. Vielfache Anerkennung und Bewunderung fanden die einzigartigen Vorführungen einer jungen Dame „Marga“, welche man sich als das zweite Gesicht bezeichnen kann.

Zwei Todesopfer eines Streites. Einen tragischen Ausgang nahm in der Nacht zum Montag in Döbenstedt ein Streit, der sich im Anschluß an eine Tanzlustbarkeit an der Sophienwärsleber Chauffee abspielte. Um den Herrn, den die Streitenden ausführen, nach Möglichkeit zu dämpfen, mußte sich der Gemeindevorsteher Richard Jordan hinein, der versuchte, die Streitenden auseinanderzubringen. Wie immer bei solchen Anlässen, richtete sich die Wut der Hitzköpfe sofort gegen den Beamten, der, um sich nach vorausgegangener Warnung der Angreifer zu wehren, von seiner Schutzwehr Gebrauch machte. Die Angreifer, der Arbeiter Richard Söding und der Maurer Richard Lübbe, wurden dabei getötet. Wie ein Kaufmann hatte sich der Vorfall in Döbenstedt herumgesprochen. Am Montag früh hatte sich eine große erregte Menschenmenge vor der Jordanschen Wohnung angesammelt, so daß sich der Gemeindevorsteher veranlaßt sah, eine Abteilung Schupo von Magdeburg herbeizurufen. Bevor diese eintraf, hatte die Menge den Amtsdienner herausgeholt und derart schwer mißhandelt, daß er nach dem Altküster Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Zustand Jordans wird als nicht lebensgefährlich bezeichnet.

Mugeschossen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 12 Uhr wurde der Arbeiter Karl S., wohnhaft Budauer Straße 1, in den Anlagen am Sachsenring von einem Polizeibeamten angeschossen, als er sich einer strafbaren Handlung an einem Mädchen schuldig machen wollte. Der Schwerverletzte wurde mit einem Krankenwagen dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt.

Gestohlen wurden aus einem Geschäft in der Großen Mühlenstraße etwa 30 Fahrrad-Landdecken verschiedener Marken, 26 Luftschläuche, mehrere Fahrrad- und Motorfelgen, je ein Herren- und Damenrad; aus einem Kaufhause am Breiten Wege nach Zerstörung der Scheibe ein Prismenfeldstecher und ein wassergrünes, teilweise vergoldetes Opernglas; aus einer Schankwirtschaft in der Dreienbergstraße ein hellbrauner Sommerüberzieher; aus einem Stall in der Wellendstraße eine Pige, die dort sofort geschlachtet worden ist.

Beschlagnahme Schuhe. Ein Paar schwarze, fast neue Herrenschuhe sind, weil vermutlich gestohlen, polizeilich sichergestellt. Eine Bestohlene werden ersucht, sich beim Dauerdienst der Kriminalpolizei zu melden.

Festgenommen wurden der Dreher Witold Grawinski, der seiner bisherigen Wirtin, einer Witwe in der Friesenstraße, eine große Menge Wäsche gestohlen hat; der Arbeiter Paul Rauchfuß, Schrotestraße 52, und Karl Lautman, Friesenstraße 10, sowie der Wäckergehele Ernst Lindner, Blauweißstraße 3, wegen Fahrraddiebstahls.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Wochenpieltage. Dienstag (4. Anrechtstag): Bohemien. Mittwoch (5. Anrechtstag): Fidele. Donnerstag (6. Anrechtstag): Der Zigeunerbaron. Freitag (7. Anrechtstag): Die Fledermaus. Samstag (8. Anrechtstag): Die Fledermaus. Sonntag (9. Anrechtstag): Die Fledermaus. Wilhelm-Theater. Wochenpieltage. Dienstag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Fledermaus. Mittwoch (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Fledermaus. Donnerstag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Fledermaus. Freitag (Vorstellung für den Gewerkschaftsbund der Angestellten): Die Fledermaus. Samstag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Fledermaus. Sonntag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Fledermaus.

Die Marzipan-Liese.

Erzählung von Friedrich Salin. (4. Fortsetzung.)

„Denk Euch nun mein Gritanen, wer die Jungfer,“ fuhr Herr Seidler fort, „als ich plötzlich den jungen hübschen Mann die dünnen, trummen Knochenfingern der Alten erschaffen und mit einer Unschuld und Züchtheit hüben sah, als wäre sie eine kaiserliche Prinzessin und der Ausbund aller Schönheit! Alle Wemer, sage ich zu mir selbst, mit welchem Gaster sind die zwei Letzte zusammengeklappelt? Und da eben der Kreuzwirt mit der dampfenden Weinsuppe, meinem Frühstück, in die Stube tritt, warte ich ihn zu mir heran und frage ihn, wer die zwei wären?“ „Er“ jagte der, ans Fenster tretend, „das ist die Marzipan-Liese,“ und da ich neugierig wiederholte: Die Marzipan-Liese? berichtete er, die Alte wäre die Witwe eines reichen Lebzüftlers, nach dessen Tode sie jedoch sein Geschäft aufgegeben, um ein minder süßes, aber bei weitem einträglicheres zu betreiben; sie leibe nämlich auf Pfänder, drückte ihren Schuldnern wucherische Zinsen ab, verkaufe ihnen Haus und Hof und wenn die armen Leute dann ihre Gargherzigkeit verfluchten, pflegte sie zu sagen, wenn sie nur ihr Geld habe, das andre wäre ihr Marzipan, welcher Redensart sie denn auch ihren Spitznamen verdanke. Sie wäre nun an die Siebzig, behäbe zwei Häuser zu Bruck, drei Häuser zu Gras, und auch sonst noch Grundstücke, Weinärten und schneeflechte Geld, aber nicht Kind noch Regel, und kein Mensch wisse, wenn nach ihrem Tod all der Reichum zufallen werde. „Und da der junge Mann,“ sagte er darauf, „wer ist er, und macht er der Alten den Hof und will er sie etwa heiraten?“ Darauf der Kreuzwirt lachte und meinte, die Alte wolle der nicht, nur ihr Geld; denn er wäre armer Leute Kind und hätte sich durch Fleiß und Geschäftigkeit, vorzüglich aber durch die Günt der Weiber emporgearbeitet, mit denen er als ein hübscher pfiffiger Burche gar gut umzugehen wisse, so daß er jetzt Magistrat im Magistrat und sehr beliebt bei Rat und Bürger ist; nur der Herr Landprediger, der Kammermann auf dem Markte, sei ihm nicht grün, weil er der Kammermanns einzigen Tochter, nachgelte, die um freiwilligen schon drei Freier und darunter den Syndikus der Stadt abgewiesen habe. — Da ich aber meine Frage wiederholte, was denn doch wohl der Herr Magistrat mit der hübschen Alten wolle, jagte der Kreuzwirt: Nur, er ist ihr Liebmann, und seit er in ihr Haus gezogen, häßlich und pflegt er die Alte, besorgt ihre Geschäfte, redet ihr in aller Weise zu Gebör und alles das in der Hoffnung, sie werde ihm ein tüchtig Süß Geld hinterlassen, damit er nach ihrem Tode die Landprediger Haus heiraten könne. Es solle auch“

jetzt der Kreuzwirt hinzu, „sich alles in Richtigkeit sein; ja der Magistrat bekannte sogar, er selbst habe der Alten auf ihr Verlangen den Entwurf zu einem Testament aufsetzen müssen, in dem sie ihn zu ihrem Universalarben erklärte; die Alte dagegen wolle es nicht Wort haben, sie lächle hochhaft, wie sie pflegte, wenn sie darüber zur Rede gestellt werde, und meinte, es sei nicht alles Gold was glänze; es gäbe wohl noch Tauben auf dem Dache, aber darum stüßen sie noch nicht am Siegel, und manche Herrne auf ihrem Ei wisse nicht, was sie ausbrüte, und dergleichen Dinge mehr, so daß im Grunde doch niemand recht wisse, welchen Ausgang die Geschichte nehmen werde.“ — Während dieser und anderer Reden war im Gäßchen unten der Magistrat seine Wege gegangen und der alte Drache in seine Höhle zurückgeschlüpft, und ich —

Hier hielt der Erzähler inne, denn einer seiner Zuhörer hatte in dem Weirten, sich löste zu erheben und seinen Stuhl rechts unbedacht zurückgeschoben, mehr Geräusch verursachend, als dies vielfeicht bei anderer Vorführung der Fall gewesen wäre. Es war der Schreiber Jereenz, der nicht wenig verwirrt schien, die allernächste Aufmerksamkeit durch diese Störung zu ausschließend auf sich gezogen zu haben. Er sah auf den wiederholten Anruf Jereenz, was es gäbe, sammelte er die Entschuldigung hervor, auf dem Plaze, den er bisher eingenommen, verlegte das grelle Kerzenlicht seine leidenden Augen, und er gedachte sich daher in die dunkleren Räume der Stube zurückzuziehen. „Geh Er mir lieber gleich zu Berke; frange Kerze raugen nicht zu den Geraden!“ gab ihm Jereenz zur Antwort, worauf aber Jereenz nach kurzem Wehnen mit unsicherer Stimme erwiderte, er wolle nichts von der anziehenden Erzählung des Herrn Seidler verlieren und daher, wenn es ihm vergönnt wäre, auf der Bank hinter dem Ofen Platz nehmen! — „Nun gut, kriech Er hinter den Ofen,“ brummte Herr Jereenz; gleich darauf aber Jereenzs Erbfeinden und Erdröten, ihre besorgten Blicke, die schlecht verheilte Wunde gewährend, auf der sie den Bewegungen des Schreibers folgte, rief er, mit der herben Faust auf den Tisch hinwinkend, daß Jereenz und Gläser Kerzen: Kreuz — schwere Rot! Kühle Dich, Mädel. Das Glas des Herrn Seidler ist leer. Schenk ein und präsentiere ihn den Kerzenhalter. Donnerwetter, paß auf!“ Während Jereenz zusammenfuhr und, so rauher Mahnung ungenohnt, zitternd die Aufträge des Wärters erfüllte, hatte dieser, seinen Unmut unter einer scharfenden Miene verbergend, sich wieder zu seinem Stühle gewandt und ihn aufgefordert, nach dieser unliebamen Unterbrechung den Faden seiner Erzählung wieder aufzunehmen.

„Siebterterter Freund,“ begann Herr Seidler, „ich habe Euch wohl vorausgesagt, daß ein jener Vorfall, von dem ich Euch Jereenzs berichten sollte, nicht eben viel Verwunderliches wäre; Er“

habt mir aber nicht glauben wollen; erkaunt also nicht, wenn ich an den Anfang meiner Geschichte statt ihrer Fortsetzung, die Ihr erwartet und begehrt, gleich unmittelbar ihr Ende anknüpfen muß. Nachdem ich nämlich auf die Art und Weise, wie ich eben berichtet, die Marzipan-Liese und ihren Mann kennengelernt hatte, ging ich meinen Geschäften nach und kehrte dann in meine Heimat zurück, ohne von jenen beiden weiter zu hören oder ihrer auch nur noch fern zu gedenken. Nach etwa sechs Wochen hatte ich wieder eine Geschäftsreise nach Bruck anzutreten, und diese Gelegenheit benutzte ich, einen Freund auf einem von Bruck aus eine halbe Stunde entfernten Hammerwerke zu besuchen; dort abgesetzigen, wurde ich nicht mehr fortgelassen; ich mußte bei meinem Freund übernachten und fekte erst ziemlich spät morgens meine Reise wieder fort.

Ich wußte, daß an jenem Tage zu Bruck der Wochenmarkt abgehalten werde, und gedachte von diesem Umstand zur Besorgung mancher notwendiger Einkäufe Nutzen zu ziehen; ich war daher nicht wenig erkaunt, als ich bei meiner Ankunft zu Bruck zwar den Markt mit Waren aller Art bedeckt, aber weder Käufer noch selbst Verkäufer, nur einige Kinder und alte Weiber, die Waren zu behüten, zur Stelle fand. Vor dem Kreuzwirts Haus angelangt, sah ich weder Hausknecht noch Kellnerin herzuwinken, noch schwenkte mir der Kreuzwirt sein grünes Samtmüßlein entgegen, dagegen bemerkte ich an der Ecke des Hauses einen Kräuel von Menschen, den immer neuer Zulauf vermehrte. Dies erregte meine Neugier; ich schritt auf das Gemümel zu und hatte kaum einige Schritte getan, als ich den Kreuzwirt erkaunte, der mir zumachte und schrie: „Hierher, nur hierher, kommt nur, Herr Seidler!“ — „Kreuzwirt,“ jagte ich, „als ich ihn endlich erreicht habe, heißt Euch das Mäuslein, daß Ihr hier Maulaffen feil hebt? Gibt's Feuer, oder ist sonst ein Unglück geschehen?“ — Der aber, ganz erheit und verwirrt meiner Worte nicht achtend, schraubte mir entgegen: „Wollt Ihr sie sehen? Ich führe Euch hin, wenn Ihr sie sehen wollt.“ — „Koch Hammer und Amboss!“ rufe ich, „wer oder was ist denn zu sehen?“ — „Was zu sehen ist?“ war die Antwort, „nun, die Marzipan-Liese, nach der Ihr letzten fragtet! Kommt nur mit. Eben ist der Syndikus hinein und die Herren vom Rat.“ — Und ohne mir weiter Auskunft zu geben, führte er mich beim Arme, tief mit harter Stimme der vorwärts drängenden Menge ein: „Klaß da! Vorgehen!“ zu und zog mich, mit breiten Schultern und derben häutigen Luft machend, in das Gäßchen hinein, dessen ich früher gedachte, und das nun mit Menschen jedes Geschlechts und Alters so besetzt war, daß nirgends auch nur ein Apfel hätte zur Erde fallen können.

(Fortsetzung folgt)

4. Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehalts-
höhe hat man zu unterscheiden:
a) die Lohnwoche, b. h. die Woche, für die der Lohn ver-
dient wird;
b) den Festsetzungstag der Mehzzahl und den Fest-
setzungstag des Lohnes. Sekularer wird zweimäßigweise
möglichst mit dem ersten zusammengelegt;
c) den Auszahlungstag;
d) die Verbrauchswoche.
5. Grundsätzlich muß für die Bemessung der Lohnsätze der
Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man
wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geld-
wertes, ohne allzu große Fehler zu begehen, den Festsetzungs-
tag der Mehzzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können.
In Zeiten starker Geldentwertung muß jedoch dieser Fehler ein
nicht erträgliches Abweichen des Reallohns zur Folge haben, so daß
man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung außer der Mehzzahl
des Feststellungstags auch noch die zu erwartenden Stie-
gerungen der Mehzzahl der Verbrauchswoche vorauszu-
schätzen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausschätzung kann
die Bewegung des Dollarkurses und der Großhandelspreise geben.
6. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst be-
urteilen können, wenn die Mehzzahl für die Verbrauchswoche vor-
liegt. Ergibt sich alsdann, daß ein Zuwenig oder ein Zuviel an
Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der
Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der nächsten
wöchentlichen oder in Defekten erfolgenden Lohn- oder Gehalts-
berechnung hinzugefügt bzw. abgezogen wird. Zur Vereinfachung
der Lohn- und Gehaltsrechnungen wird dieser Differenzbetrag
mit der neu ermittelten bzw. abgeschätzten Lohn- und Gehalts-
summe zu einem einzigen Betrag vereinigt.
Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbureaus
neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran
festzuhalten, daß Wochen oder Defektzahlungen der richtige Weg
ist und daß in Zeiten starker Geldentwertung durch die oben dar-
gelegte Vorausschätzung ein Gegengewicht gegen die Geldentwer-
tung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der
Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B.
in den ersten Wochen des August 1923 eintreten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die
Uebergangszeit bis zur Schaffung eines auch für die
Lohnzahlung in Frage kommenden wertbeständigen
Zahlungsmittels dienen. Die Spitzenverbände sind
sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung
mit dem Währungs- und Produktionsproblem endgültig
gelöst werden kann. Deshalb haben sie einen Lohn-
politischen Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat,
das Lohnproblem weiterhin zu erörtern. Der Ausschuß soll
noch in der kommenden Woche zusammentreten.

Gegen Geßler.

Landesarbeitsauschuss und Landtagsfraktion der sächsi-
schen Sozialdemokratie haben am Freitag zur politischen
Lage und speziell zu den durch den Reichswahlminister
geschaffenen Differenzen zwischen dem Reich und Sachsen Stellung
genommen. Das Ergebnis der Besprechungen kam in folgender
Entscheidung zum Ausdruck:
„Landesarbeitsauschuss und Landtagsfraktion billigen ein-
mütig das Vorgehen des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner. Sie
erwarten, daß die von der Sozialdemokratie bei der Regierungs-
bildung im Reich gestellten und von den bürgerlichen Koalitions-
parteien anerkannten Bedingungen, besonders die Loslösung
der Reichswehr von den illegalen Rechtsorganisationen
unverzüglich durchgeführt werden. Als unerlässliche Vorbedingung
sehen sie das Ausscheiden des Reichswahlministers Geßler
aus dem Kabinett an, da dessen Weiterverbleiben den Schutz und
Bestand der Republik stark gefährdet.“

Landesarbeitsauschuss und Landtagsfraktion sind ent-
schlossen, die Unhaltbarkeit des jetzt bestehenden Zustandes in der
Öffentlichkeit nachzuweisen, wenn das der Sozial-
demokratischen Partei gegebene Versprechen nicht eingelöst wird.“

England interveniert.

Der italienische Sandstreich auf die Insel
Korfu hat England auf den Plan gerufen, das seine
Stellung im Mittelmeer bedroht sieht. Die englische Presse
weist auf die strategisch wichtige Lage der Insel Korfu hin,
die auf keinen Fall in den Besitz einer starken Seemacht ge-
langen dürfe. Trotz der italienischen Versicherungen, daß
die Besetzung der Insel eine durchaus „friedliche“ und nur
eine zeitweilige Maßnahme sei, werden in der italieni-

sehen Presse Stimmen laut, die offen die Annexion der
Insel fordern. Das wird sich England schon allein im Ein-
blick auf seinen indischen und ägyptischen Besitz
nicht gefallen lassen.

England sucht das Problem zu lösen, indem es den
Völkerbund vorschleibt, dessen Interessen das selbständige
Vorgehen Italiens nicht gestatten. Entsprechende diploma-
tische Schritte hat die englische Regierung bereits un-
ternommen, sie hat aber auch ein Flottengeheimverab-
reden in die griechischen Gewässer entsandt.

Ob Mussolini dem englischen Druck weichen und sich
einem Spruche des Völkerbundes unterordnen wird, ist
zweifelhaft. Für Deutschland besteht die Gefahr, daß
der italienische Ministerpräsident durch Zugeständnisse in der
Reparationsfrage versucht, Frankreich auf seine Seite
zu bringen. Die italienische Presse leistet schon entsprechende
Vorbereitung. Sie stellt die Besetzung von Korfu mit dem Ein-
marsch ins Ruhrgebiet in eine Linie, was in Frankreich
allerdings nicht gerade Begeisterung erweckt.

Die Beschießung von Korfu hat Todes-
opfer gefordert, und zwar zehn Flüchtlinge, die
in einem der alten Forts untergebracht waren. Inzwischen
hat Italien — natürlich ebenfalls in friedlicher Absicht —
einen griechischen Dampfer durch ein Unterseeboot be-
schossen und kapern und im Bereich einer griechischen Insel
Seeminen auslegen lassen.

Dollar letzter Kurs in Neuport **11750000** Mt.
1111000
Montag mittag 11750000 Mt.

Meldungen von der Ruhr.

Syndikalisten blasen den Widerstand ab.
Auf Veranlassung der Syndikalisten sind auf verschiedenen
Zweigen im Essener Bezirk in den letzten Tagen Abstimmungen über
sloferliche Aufnahme der Arbeit für die Franzosen
vorgenommen worden. Es handelte sich um Belegschaften von
durchschnittlich 900 bis 950 Mann. Die Wahlbeteiligung betrug
80 bis 95 Prozent. Die Belegschaften haben sich mit einer Mehr-
heit von etwa 70 Prozent für den Antrag ausgesprochen. Sie
befinden sich teilweise bereits in Verhandlungen mit
den Franzosen.

Das „Berliner Tageblatt“ weist auf die Kurzichtig-
keit des Unternehmertums hin, die Schuld daran trägt,
daß es so weit kommen konnte. Sie haben den Ruhrarbeitern
nicht das Existenzminimum zugestanden und den Syndikalisten
Agitationsfeld geschaffen. So wurde es schließlich den hungernden
und bekümmerten Arbeitern, die obige Beschlüsse faßten, ganz
gleich, ob sie für Deutschland oder für Frankreich arbeiten.
Nur satt werden wollen sie. Eine dringende Warnung an
Unternehmer und Behörden.

Unruhen in Essen.

Die durch die Lohnminderungen im Bergbau entstandene
schwierige Lage hat eine Verschärfung erfahren. Von 56 Schacht-
anlagen des Essener Bezirks wird auf 12 Schachtanlagen noch
nicht gearbeitet. Von sämtlichen Stimmes-Becken arbeitet nur die
Zeche „Ernestine“, auf den Zechen des Wülheimer Bergbauvereins
wird nicht gearbeitet. Infolge dieses nun schon längere Zeit an-
dauernden Konflikts sind große Teile der Arbeiterschaft aus
Mangel an Geldmitteln in schwere Notlage gekommen. Sehr
erschwert wird diese Lage noch durch die bereits gemeldeten fran-
zösischen Beschlagnahmen von Lohngehältern in außerordentlichem
Umfang, was auf den Zechen, auf denen gearbeitet wird, durch
Mangel an Zahlungsmitteln eine schwere Krise herbeizuführen
droht. Aus diesen Gründen ist es im Laufe des Sonnabends an
verschiedenen Stellen anfänglich von Demonstrationen zu
bedauerlichen Ausschreitungen gekommen; so wurde u. a.
versucht, auf dem Bahnhof Stoffenthal, der für die Lebensmittel-
versorgung Essens von außerordentlicher Bedeutung ist, Vorräte
von Lebensmitteln gewaltsam zu entfernen, so daß Polizei ein-
schreiten mußte.

Notizen.

Bergarbeiterlöhne. Ein vom Reichsarbeitsministerium ein-
gesetzter Schlichtungsausschuss fällt am 30. August einen
Schiedsspruch, der eine Regelung der Löhne im Kohlen-
bergbau für die Lohnwoche vom 27. August bis 3. September
vorschleibt. Der Gesamtdurchschnittslohn einschließlich des Haus-
stand- und Kindergeldes beträgt z. B. für den Ruhrbergbau

9 000 000 Mark, für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau
7 220 000 Mark und für die Ruhrkohlen des mittel-deutschen
Braunkohlenbergbaues 6 540 000 Mark je Schicht. Der Schlichtung-
ausschuss gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird,
einen Schiedsspruch ohne Kohlenpreiserhöhung durchzuführen.
Schneller, als man dachte, ist jedoch trotz der Hoffnung
Schlichtungsausschusses eine Kohlenpreiserhöhung um
22 bis 35 Prozent vom Reichslohnrat beschlossen worden. Sie
hat gleichfalls die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers
gefunden.

Der Metallarbeiter-Verbandstag aufgeschoben. Der
17. September nach Kassel einberufene Verbandstag muß leider
versoben werden, weil die Delegierten aus dem E-
selben Gebiet zum genannten Termin nicht in Kassel
sein können. Die Sperre für das besetzte Gebiet läuft
zunächst bis zum 18. September; ob sie verlängert wird, ist noch
unbestimmt. Von den 402 Delegierten entfallen 73 auf das be-
setzte Gebiet. Ohne diese Delegierten den Verbandstag abzu-
halten, ist unmöglich. Sobald den Delegierten des besetzten Ge-
biets eine Teilnahme am Verbandstag möglich ist, erfolgt dessen
Einberufung.

Debeschen.

Vom italienisch-griechischen Konflikt.
Athens, 3. September. Eine offizielle Meldung aus
Athens besagt: Auf den Protest des italienischen Gesandten, der
einen Artikel des Blattes „Eleutheros Logos“ als beleidigend
bezeichnet, ist der Direktor des Zensurbureaus abgesetzt
und das Blatt auf einen Tag verboten worden. Die grie-
chische Regierung wird die italienische Gesandtschaft durch eine
Abteilung von 30 Soldaten bewachen lassen.

Die Wälder melden, daß Admiral Bellini allen griechischen
Schiffen die Durchfahrt durch die Meerenge von Otranto ver-
boten habe. Vier griechische Schiffe wurden in den italienischen
Häfen zurückgehalten. Alle griechischen Schiffahrtsgesellschaften
hätten die Fahrten nach Italien eingestellt. Die griechische Re-
gierung dagegen gestattete weiter allen italienischen Schiffen,
die griechischen Häfen anzulassen. Ein italienisches Unterseeboot
habe den griechischen Dampfer „Georgios“ in der Meerenge von
Korfu beschlagnahmt.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

W. Paris, 3. September. Nach einer Gasmessung
aus Schanghai sind bei der Erdbebenkatastrophe in Tokio
100 000 Menschen umgekommen. Das
Kaiserpalast von Tokio ist in die Luft gegangen, wobei mehrere
Tausende umkamen. Die Stadt Kami wurde zerstört, wo-
durch 7000 Menschen getötet wurden. Die Stadt Ito wurde
durch eine Springflut hinweggerafft. Der Tunnel bei Gajaki
stürzte zusammen, wobei 600 getötet wurden. In Tokio ist
das Kriegsrecht verhängt worden.

Das Feuer in Tokio.

W. London, 3. September. Reuters meldet, daß man
nach einer drahtlosen Nachricht des Feuers in Tokio Herr ge-
worden ist. Das gesamte Stadtviertel der Arbeiterbevölkerung
sei eingäschert.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

UNITED STATES LINES
Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton - Cherbourg
LEVIATHAN
18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. Nov., 11. Dez.
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK
GEORGE WASHINGTON
19. September 24. Oktober 28. November
President Harding 5. Sept. 10. Oktober
President Arthur 12. Sept. 17. Oktober
America 26. Sept. 31. Oktober
President Roosevelt 3. Oktbr. 7. Novbr.
President Fillmore 4. Oktbr. 8. Novbr.
Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen
Vorteilhafte Gelegenheit für Güterbeförderung
UNITED STATES LINES
BERLIN W 8 M 194 MAGDEBURG
Unter den Linden 1 Breitenweg 160,
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Der Rebe Edelgeist ASBACH Rüdeshelm

Amtliche Bekanntmachungen
Vom 1. September 1923 sind die Ermäch-
tigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn auf
das Fünftel herabgesetzt worden. Die einzubehaltenden
Steuerbeträge sind in jedem Fall auf volle
1000 Mark nach unten abzurunden. Die Festset-
zung für die Verwendung der einzubehaltenden Beträge,
d. h. beim Kartenzahlungsfahren für das Einkommen
und Entwerfen der Steuermarken in den Ein-
lagebogen der Steuerbücher, beim Abrechnungs-
verfahren für die Abführung der einzubehaltenden
Beträge an die Finanzämter, sind vom 1. Sep-
tember 1923 an verändert worden. In den Fällen,
in denen das Finanzamt bisher auf Antrag ge-
nehmigt hatte, daß die Verwendung monatlich
einmal (bis zum 10. eines Monats) erfolgte,
sind künftig a) die Beträge, die in der Zeit vom
1. bis 10. eines Monats einbehalten worden
sind, spätestens bis zum 15. die Beträge, die
in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats ein-
behalten worden sind, bis zum 21. die Beträge
vom 21. bis zum 31. eines Monats einbehalten worden
sind, bis zum 5. des folgenden Monats zu ent-
richten. — Dies gilt also in gleicher Weise für das
Verfahren, wie für das Abrechnungsverfahren.
Der Fristverlängerungs hat auch die oben be-
zeichneten Folgen.
Finanzamt.

Bekanntmachung.
Zur gewerkschaftlichen Veräußerung be-
stimmte kleine pflichtige Steuern und Zün-
dungen nach dem Stande vom 1. September
d. J. bis zum 5. September, oder sobald sie bei
dem Steueramt eingegangen sind, bei der
Zollstelle zur Nachsteuer anzuwenden. Die Zoll-
stelle erteilt nähere Auskünfte.
Magdeburg, den 31. August 1923.
Hauptzollamt Magdeburg Kaufhof.

Zur Ausübung des alten Rathauses befindet
sich eine Bekanntmachung über Veräußerung des
Rechts zum Betrieb einer Ledertelle auf dem
Grundstück An der Elbe 8 an die Firma H. A.
und G. Vereintete Erdbeben- u. Kalk- u. Zement-
werke, Magdeburg, Mittelstraße 7. 271
Magdeburg, 3. September. Der Magistrat.

Durch Verordnung des Staatsministeriums
vom 8. August 1923 ist als Verhältniswahl für
die Anpassung der Steuern an die Geldent-
wertung im zweiten Vierteljahr 1923 die Zahl 8
festgesetzt worden. Wir erlauben daher die
Steuerpflichtigen, außer den durch unsere Be-
kannmachungen vom 31. Juli 1923 geforderten
Zweifeln für das zweite Vierteljahr noch das
Zweite des Jahresbetrags von 1922 an
Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer
in der Zeit vom 1. bis 22. September d. J. nach-
zahlen. Steuerzettel für 1922 sind vorzulegen.
Schwabed, 21. August. Der Magistrat.

Bekanntmachung betr. Gaspreise.
Die Gaspreise werden mit Wirkung vom
Tage der Ablesung nach dem 1. August 1923
wie folgt festgesetzt:
für 1 cbm Leucht- und Kochgas 340 000 Mt.
für 1 cbm Kraftgas u. Straßen-
beleuchtung 320 000 Mt.
für 1 cbm Automotogas 350 000 Mt.
Die Gaszählerpreise betragen ab heute:
für 1 Zenner Drehtafel 5 500 000 Mt.
Alle früheren Preisfestsetzungen verlieren
hiermit ihre Gültigkeit.
Burg, den 30. August 1923.
Das städtische Betriebsamt.

Bekanntmachung.
Die städtischen Behörden haben unter dem
30. August d. J. wegen Deckung der Ausgaben
beim Kanalisations- und Wasserwert folgendes
beschlossen: A. Der Wasserpreis und die Kanali-
sationsgebühren werden für den Monat August
1923 auf je das 90 000 fache der Gebühren-
festgelegt. Die Mindestgebühren für die Wasser-
entnahme beträgt für das Jahr 7 500 000 Mark
für 1 Kubikmeter Wasser ist bei Einzel- und
Wohnverbraucher der Betrag von 150 000 Mark
zu zahlen. B. Erhöht werden: 1. Die letzten
Gebühren für Aborte, die nicht mit Wasser
aus der städtischen Leitung gespült werden.
2. Die Gebühr für Einführung von Wasser-
männern in die Kanalisation. 3. Die Abgabe
für die Entnahme von Kanalisation auf je das
50 fache nach dem Stande vom 31. Juli 1923 —
ebenfalls für den Monat August.
Burg, 30. August 1923. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Von Sonntag den 2. September an gelten
durch Erhöhung der Inhaberzahl die weiteren
bekanntgegebenen Lohnsätze bis zur 38. Lohn-
stufe. Der höchste Lohnsatz beträgt an diesem
Tage also täglich 6 300 000 Mt.
**Kassenbank der Allgemeinen Orts-
Frankenkasse u. der Land-Krankenkasse
des Kreises Serichow 1 in Burg.**

Bekanntmachung betr. Strompreise.
Die Strompreise werden mit Wirkung vom Tage der Ablesung
nach dem 1. August 1923 wie folgt festgesetzt:
für 1 kWh Einphasenstrom A für Beleuchtungszwecke 750 000 Mt.
für 1 kWh Einphasenstrom A für gewerbliche Zwecke 700 000 Mt.
für 1 kWh Doppelstrom B 1 während der teuren Zeit 750 000 Mt.
für 1 kWh Doppelstrom B 1 während der übrigen Zeit 700 000 Mt.
für 1 kWh Doppelstrom B 2 während der teuren Zeit 750 000 Mt.
für 1 kWh Doppelstrom B 2 während der übrigen Zeit 625 000 Mt.
Die am 27. Juli er. festgesetzten Preise unserer Elektrizitäts-
bedingungen werden um das 10 fache erhöht. Alle früheren Preisfest-
setzungen verlieren hiermit ihre Gültigkeit.
277
Burg, 30. August 1923. Das städtische Betriebsamt.

**Das Kind gedeiht, die Mutter lacht —
Röfritzer Schwarzbier hat's gemacht!**

Generalvertrieb:
Peter Knaack, Magdeburg-Wilhelmstadt
Goethestraße 19 — Fernsprecher 3611.

G. Gerstung Nachf., Prälatenstr. 32, Fernruf 1082.
M. Schmidtchen, Gustav-Adolf-Str. 21, Fernruf 2502.
H. Fellecke, Klosterkirchhof 1, Fernruf 938.
K. Sackewitz Nachf., Wallstr. 13, Fernruf 3985.
Gottfr. Wartisch, Hohepfortstr. 23, Fernruf 4322.
Gustav Hazerkorn Nachf., Dreieckstr. 12 a, Fernruf 1904.
W. Dräger, Wilhelmstadt, Herderstr. 41, Fernruf 1538.
A. Harre, Buckau, Thiemstr. 1, Fernruf 8490. — R. Bode, Barneberg.
H. Siedentopf, Altenweddingen, Fernruf 440.
A. Grauenhorst, Aliebau.

Fahrräder
u. sämtliche Ersatzteile
auf's höchst. Preis ge-
botig, Papenstr. 15, pt.

Gold Silber Platin

Otto Hauffe
Breitenweg 24, Tel. 290
Eg. Dr. Steinmetzstr.
im Hause Café Royal.

